

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 301

Hauptredakteur: Dr. Coerth, Leipzig

Donnerstag, den 1. Juli

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Der Sturmlauf gegen die Steuerung

Die bayerische Bauernschaft für Ermäßigung der Lebensmittelpreise

München, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Bauernschaft macht mit dem Preisabbau den Anfang. Die Bezirke Altdorf und Rühlendorf haben beschlossen, weitere Preissteigerungen nicht mehr mitzumachen. Im Bezirke Straubing lehnten die Milchproduzenten die Milchpreis-Erhöhung ab. Die bayerische Bauernschaft hat im Verein mit dem Landwirtschaftsministerium folgende Richtlinien aufgestellt: Unter keinen Umständen eine Erhöhung der Brot- und Reispreise. Wir müssen mit dem Getreidepreisen unter den Vorschlägen des Reichsernährungsministeriums bleiben. Wir sind bereit, mit dem Kartoffelpreis 10 % unter den Preis des Reichsernährungsministeriums heranzugehen. Wir bitten die bayerische Regierung, beim Reich zu wirken, daß der ursprüngliche von Bayern vorgeschlagene Höchstpreis von 350 M. (statt 420 M.) für den Zentner Lebensgewicht Fleisch für das ganze Reich verbindlich gemacht wird. Wir können auch bei Milch um 30-40 Pf. heranzugehen, immer vorausgesetzt, daß keine Lohnsteigerungen kommen.

Die rheinischen Bayern wollen den Kampf

Köln, 1. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Bauernschaft sieht den Kampf gegen die Städte annehmen zu wollen, welche die Oberbürger wegen wucherischer Ausbeutung des Publikums zur Anzeige brachten. Der Bund der Landwirte hat eine Anzahl von Protestschreiben an die behördlichen Stellen geschickt, die in einer überaus stark besuchten Versammlung in dem rheinischen Dorfe Merken zur Verlesung kamen. Der Kölner Markt soll in Zukunft beschlagnahmt werden. Man fordert die Bauernschaft auf, ihre Erzeugnisse nach anderen oberdeutschen Orten zu bringen und sich gegen die öffentliche Gewalt aufzusetzen, falls die Staatsanwaltschaft auf den Märkten eingreifen sollte.

Frankfurt a. M., 1. Juli. (Drahtber.) In einer Reihe auswärtiger Blätter wurden die übertriebenen Nachrichten über die Frankfurter öffentlichen Kundgebungen gegen die hohen Lebensmittelpreise verbreitet. Man las u. a., daß Raffeebäder gestiftet und die Gasse mißhandelt wurden, von Plünderungen und ähnlichem mehr. In

Frankfurt weiß man davon nichts. Die biesigen Blätter hatten übereinstimmend berichtet, daß die Kundgebungen einträglich verliefen und es zu ernstlichen Ausschreitungen nicht gekommen ist. Von Plünderungen und Unruhen, wie in anderen Städten, ist keine Rede. Die biesige Arbeiterschaft ist gut diszipliniert, und wo sich Anläufe von Ausschreitungen zeigten, schritten sofort die Führer ein und mahnten mit Erfolg zur Besonnenheit.

Enttüllungen über den Grenzschmuggel

Duisburg, 1. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Leiter des Landespolizeiamtes Ministerialdirektor Dr. Falk-Berlin sprach in einer Versammlung der Polizeibeamten über die Aufgabe der Polizei bei der Sicherstellung der Volkswirtschaft. Er führte aus, daß der ganze Wirtschaftszweig während der Kriegszeit zu einem großen Teile nur auf dem Papier gestanden habe als Verbrauchsmittel für das Volk. An der holländischen Grenze habe ein Schmuggel in einem bisher nicht erreichten Umfang eingesetzt. Schwellige Schieberungen seien mit Wissen der preussischen und sächsischen Regierungen erst wieder in jüngster Zeit vorgenommen worden. An der holländischen Grenze würden Transporte von 16 Pferden unter Bedeckung von Banden mit Karabinern und Handgranaten sowie Patrouillen von über 40 Radfahrern über die Grenze gebracht. Die dortigen Beamten seien überzeugt, daß ihnen in Berlin entgegen gearbeitet werde und dort Verhaftungen gar nicht mehr geübt würden.

Deutschnationaler Antrag auf Aufhebung der Zwangswirtschaft

Berlin, 1. Juli. (Drahtbericht.) Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, die öffentliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln, mit Ausnahme von Brotgetreide und Milch, unverzüglich aufzuheben und Maßnahmen zu treffen, um durch die Steigerung der Brotgetreide- und Milchproduktion die rasche Befreiung der gesamten öffentlichen Bewirtschaftung zu ermöglichen. Ferner beantragt sie, um das Verderben erheblicher Teile der Ernte zu verhüten, und um die Volksernährung sicherzustellen, unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch die Arbeitseinstellungen und Ausperrungen in landwirtschaftlichen Betrieben, insbesondere während der Saat- und Erntezeit, vor Anruf der Entscheidung des zuständigen Schlichtungsausschusses verboten werden und terroristischen Ausschreitungen jeder Art mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird.

Deutschland zur Erfüllung der abgeleiteten Leistungen aus dem Friedensverträge wesentlich geringere Quellen zur Verfügung stellen als vor dem Kriege. Die deutsche Regierung behauptet es als ihre Pflicht, diese schwierige Situation rückhaltlos klarzulegen, um völlige Klarheit über den gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Steuerbelastung des Reiches zu schaffen. Die Erörterungen über die zu treffenden praktischen Maßnahmen zur Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages werden den mündlichen Besprechungen in Spa vorbehalten. Mit einer zweiten Note ist gleichzeitig ein sehr ausführliches Gutachten von 22 im deutschen Wirtschaftsleben an hervorragender Stelle stehenden Männern überreicht worden. Das Gutachten, das auf Ersuchen der Reichsregierung erarbeitet ist, soll ein möglichst umfassendes Bild der wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands, seiner Leistungsfähigkeit und der Möglichkeit seiner Kräftigung geben.

Belgiens Forderung: 10 Milliarden

Rotterdam, 1. Juli. (Drahtbericht.) Der belgische Korrespondent des 'Nieuwe Rotterdamse Courant' erzählt von zuverlässiger Seite, daß Belgien als Mindestentschädigung die Summe von 10 Milliarden Franken fordern werde.

Paris, 1. Juli. (Drahtbericht.) 'Kanos' meldet aus London: Außen Chamberlain wird, weil ihn die Erörterung über die Finanzangelegenheiten in London befällt, nicht zur Konferenz nach Brüssel reisen. Er wird durch den Minister ohne Portefeuille Sir Laming Woan ersetzt.

Drei Abkommen mit der Tschechoslowakei

Prag, 1. Juli. (Drahtbericht.) Auf Grund der Beratungen der zwischenstaatlichen Kommission, die von der Tschechoslowakei und der deutschen Regierung eingesetzt worden war, sind vorläufig unter Vorbehalt drei Abkommen getroffen worden, und zwar 1. ein Wirtschaftsabkommen, 2. ein Vertrag betr. die Staatsbürgerrechte und 3. ein Abkommen über die Durchführung des Art. 207 (Liquidation) des Friedensvertrages von Versailles.

Die Kandidatenauffellung für die amerikanische Präsidentschaftswahl

San Francisco, 1. Juli. (Eig. Drahtber.) Der hier zusammengetretene demokratische Konvent wählte Senator Glah zum Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses und Senator Robinson zum ständigen Vorsitzenden des demokratischen Konvents. Beide sind hervorragende Mitglieder von Verwaltungsbehörden. Hieraus wurde der Unterwähler ernannt, der das Wahlprogramm entwerfen soll. Seine Mitglieder sind fast alle treue Anhänger der Regierung. Aus diesen Ernennungen, und besonders aus dem Ausschlusse Bryan aus dem Wahlprogramm, schloß man darauf, daß die Männer des gegenwärtigen Regimes auf dem Konvent entscheidenden Einfluß haben. Der Unterwähler für das Wahlprogramm beschloß sich u. a. auch mit dem Verbot alkoholischer Getränke. Der Präsident verlangte aber, daß man nun endlich zu der Ernennung von Kandidaten übergehen solle. Der erste Kandidat, der genannt wurde, war Senator Owen aus Oklahoma, doch geht die Meinung vielfach dahin, daß Mac Adams Aussicht habe, als endgültiger Kandidat aufgestellt zu werden.

Großpolens Ende?

Die polnische Presse teilt mit, daß der Termin der Volksabstimmung in Sips und Arva auf den 2. Juli und in Majara und Ermeland auf den 15. Juli festgesetzt worden ist. Bei der Abstimmung wird es von der größten Bedeutung sein, welche Anziehungskraft die innere Lage beider Staaten haben wird und was, praktisch genommen, Deutschland und Polen ihren Bewohnern zu bieten haben. Dem Deutschen Reiche geht es sicherlich nicht gut, und der unsinnige sogenannte 'Friedensvertrag' belastet unsere wirtschaftliche Zukunft aufs schwerste — wie aber sieht es in Polen aus, wie sind die Aussichten der jungen Republik, die die 'Times' ironisch 'einen Staat für eine Saison' genannt haben?

Seit Wochen gibt es eine Ministerkrise, aus der die 13 Parteien und Klubs des Landtags nur schwer einen Ausweg finden dürften. Die stärksten Parteien haben gründlich abgewirtschaftet, und besonders die chauvinistischen Nationaldemokraten haben durch ihre unsinnige Politik jedes Vertrauen im Lande verloren. Die Sozialisten, die sogenannte P. P. S., gewinnen immer mehr an Einfluß und sollen auch jetzt in der neuen Regierung Witos herortragend vertreten sein. Wer die polnischen Verhältnisse einigermaßen kennt, weiß, daß diese Tatsache 'Bände spricht'. Das städtische Proletariat wird nun zur Macht zugelassen, nachdem es bisher im vollen Sinne des Wortes ein Partia der Gesellschaft war, nachdem es keinerlei Arbeitsschutz und Versicherungen, keinerlei politische Rechte und Geltungsmöglichkeiten gehabt hat. In keinem Lande sind die sozialen Gegensätze so scharf, so sehr auf einen Konflikt zugespitzt. Jetzt kommt noch dazu, daß die Industrie gelähmt, die Arbeitslosigkeit erschreckend ist und das arbeitslose Landproletariat — allein 8 Millionen Morgen Land sind in diesem Jahre unbestellt geblieben — in die Städte abwandert. Polen, das nach J. M. Keynes boshafter Bemerkung keinerlei Gewerbe außer den Judenbetrieben hat, ist daher nicht imstande, diesem Chaos der Arbeitslosigkeit zu steuern.

Die nationalchauvinistischen, scharf antisozialen Kreise der Magnaten und des Bürgertums dielten seit der Entschädigung der jungen Republik ihre Zeit für gekommen und haben sich um die Lage des tatsächlich verelendeten polnischen Proletariats nie gekümmert. Die Gewinnung Oberschleßens, der Kampf gegen das Deutschtum und die großwahnsinnige Ausdehnung auf der Ukraine und Rußlands Kosten beschäftigte diese ebenso phantasiereichen wie unpraktischen Politiker vollauf. Es wurde anaussagehaft gerüstet, gelärmt und in Gedanken Millionen von Wehrmännern, Litauern, Ukrainern, Juden, Deutsche und Russen angetakelt — bis Polen wiederum, wie in den früheren Zeiten vor dem langsame Ende der glorreichen, aber bettelarmen Republik an den Abgrund geführt war. Heute haben die bisherigen Regenten Polens, die Paderewski, Pilsudski und Patek, es erreicht, daß Polen in Italien, England, Amerika keine Freunde mehr hat, daß Rußland, Deutschland und Litauen, d. h. alle Grenzgebirge, seine Gegner sind und nur noch Frankreich als Freund und Bundesgenosse gelten kann. Im Innern durch Partienhader zerissen, durch maßlose Steuerung, Seuchen, Unruhen und immerwährende Streiks gehemmt, mit einem Defizit von 12 Milliarden in den letzten neun Budgetmonaten und einer Kriesschuld aus Ausland belastet, mit einem feigen Feinde, mit dem die eigenen Bolschewisten sympathisieren, an den Grenzen — so steht Polen nun da. Was aber soll werden, wenn die Front, geschwächt durch den wehrschwachen Aufstand im Rücken, zusammenbricht? Werden die Polen imstande sein, dann auch nur die eigentlich polnischen Gebiete, Kongresspolen und Westgalizien vor einer Invasion durch die Bolschewisten zu schützen? Man wird dies bezweifeln müssen.

Die Nachrichten über den polnischen Bolschewismus klingen bedrohlich. Englische Blätter, so 'Daily Herald' vom 22. Mai, melden unter anderem, daß sich in den polnischen Wäldern Bänden gebildet haben, sogenannte 'Schwarze Armeen', die Brücken und Eisenbahnen überfallen und systematisch zerstören. Die Bänden greifen auch die Garnisonen in den Städten an. Das Krakauer Blatt 'Ilustr. Kurjer Codzienny' schreibt 3. Juni: 'Die Agenten Lenins sind in Warschau wieder am Werk. Der Streik der Arbeiter und die Ankündigung eines Eisenbahnerstreiks sind alles Symptome von Machenschaften bolschewistischer Agitatoren. Für Warschau und vielleicht für ganz Polen ist wieder ein kritischer Augenblick eingetreten, der um so wichtiger ist, als jede dem Staate und dem Volke feindliche Bewegung unsere Aktion an der Front schädigen kann, wo eine Entscheidung bevorsteht.' — Die dem kritischen Augenblick widmet der Kurjer 'Warszawski' einen Artikel von W. L. Rabiski. 'In Warschau herrscht wieder Unruhe. Es wird das Gerücht von einem beabsichtigten militärischen Aufschlag auf die Regierung und den Senat verbreitet. Der Katiinarismus wagt sich wieder auf die Straße. Wochentlang hat er sich bewaffnet, mit Sowjettablets um sich geworfen und geredet. Das alles geht abstrus. Ein Streik jagte den andern. Die Löhne der Arbeiter erreichten phantastische Höhen. Die Industrie weinte über dieses Abfurdum, aber sie kapitulierte. Die Regierung erklärte, daß der Staat zugrunde gehen wird, aber auch sie kapitulierte. Nur der bolschewistische Katiina lachte und sandte geheime Telegramme nach Petersburg: 'Alles gut.' Als man sich zu bemerken erlaubte, daß 'Polen spielen' wird, da niemand solche verrückte Arbeiterlöhne ausstehen könne, wurde mit Lachen geantwortet, so möge es spielen. Monatlang dauerte diese Verdummung der polnischen Arbeiter. Monatlang wurde der Acker für die bolschewistische Saat gemessen und gebügel. Die Städte und die Dörfer wurden verelendet. Das Volk mußte darum und fragte: Wo ist die Regierung?'

Die Antwort hierauf dürfte nicht schwer fallen: Die Regierung leitete den imperialistischen Eroberungskrieg, um die Gren-

50
50
75
75
offen.
en
Die
mer
ster
in in:
an
3187
Die
beckbrau
rad.
er
Sonntag
-Fests
rchstor.
Rafschwig
im. Tel. 35451.
tag ab 7 Uhr:
Tanz
Straden-
u. Wagen.
ung.
Sittenhaft.
den 6 Uhr
gehofft).
Derrn Le Blanc
Vertrag des Derrn
er Kasse.
ung.
ittelhaus
ifenstr. 3.
ill. Mangering
unsmild. holl.
Zugereit.
st. Kasse.